

SWP-Aktuell

NR. 4 FEBRUAR 2026

Einsame Regionalmacht Indien

Neu-Delhi findet kaum noch Partner in seiner Nachbarschaft

Christian Wagner

Die Außenpolitik Indiens ist von einem Paradox geprägt. Das Land hat in letzter Zeit auf internationaler Bühne an Einfluss gewonnen, zugleich aber im regionalen Kontext an Bedeutung verloren. Seit Mitte der 2010er Jahre konnte China seine wirtschaftliche und politische Position in Südasien stärken. Dies hat einer Reihe von Staaten aus Indiens Nachbarschaft neue Möglichkeiten eröffnet, sich kritisch gegenüber Neu-Delhi zu positionieren. Neu ist, dass die USA und China infolge des indisch-pakistanischen Konflikts von Mai 2025 begonnen haben, Indiens Rolle als Regionalmacht in Frage zu stellen – und damit auch seine Ambitionen als aufstrebende Großmacht. Diese Entwicklungen werden Indiens Gewicht in der Region weiter sinken lassen. Eine Reaktion Neu-Delhis besteht darin, verstärkt mit Partnern im Indo-Pazifik sowie Mittelmächten wie Deutschland und Frankreich zu kooperieren, um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Abzuwarten bleibt, ob und wie sehr Indien damit auch seinen Handlungsspielraum auf regionaler Ebene wieder erweitern kann.

Die Region Südasien, die sich über die Zugehörigkeit von Staaten zur South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) definieren lässt, umfasst mit ca. zwei Milliarden Menschen (2025) knapp ein Viertel der Weltbevölkerung. Sie ist im internationalen Vergleich eine der wachstumsstärksten, aber auch eine der ärmsten Regionen. Im Indo-Pazifik ist sie auch eine der krisenanfälligsten Regionen, wofür unter anderem die vier Kriege stehen, die Indien und Pakistan seit 1947 gegeneinander geführt haben.

Indiens Südasienpolitik

Die Südasienpolitik Indiens war lange Zeit eine bilaterale Politik gegenüber den einzelnen Nachbarstaaten und folgte weniger einer regionalen Strategie. Indien nutzte politische, wirtschaftliche, militärische und diplomatische Mittel, um vor allem seine Sicherheitsinteressen gegenüber den betreffenden Ländern durchzusetzen. Erst ab Mitte der 1990er Jahre zeigte sich Neu-Delhi zunehmend bereit, den Nachbarn größere Zugeständnisse bei Konflikten zu machen. Seitdem beteiligt sich Indien auch aktiv an der Gründung neuer Regionalorganisationen, darunter die Bay of Bengal Initiative



for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC) und die Indian Ocean Rim Association (IORA). Auf dem SAARC-Gipfel von 2007 schlug die indische Regierung vor, die regionale Konnektivität zu verbessern. Premierminister Narendra Modi propagierte bei seinem Amtsantritt 2014 eine »Neighbourhood First«-Politik und suchte den Ausgleich mit Pakistan. Nach einem Terroranschlag 2016 reduzierte Indien jedoch sein Engagement in der SAARC, um Pakistan regional zu isolieren, und forcierte den Ausbau von BIMSTEC. In jüngster Zeit sind die Aktivitäten von BIMSTEC allerdings durch den innenpolitischen Umbruch in Bangladesch und den Bürgerkrieg in Myanmar eingeschränkt.

Indiens Nachbarstaaten haben immer wieder die Unterstützung Chinas und anderer Großmächte gesucht, um Neu-Delhis Vormachtansprüchen entgegenzutreten. Mit seiner Initiative einer Neuen Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI) erhöhte China ab Mitte der 2010er Jahre seinen wirtschaftlichen Einfluss in Südasiens, was zu Lasten Indiens ging. Alle SAARC-Staaten, mit Ausnahmen Indiens und Bhutans, sind mittlerweile an der BRI beteiligt. Neu-Delhi hat eine Teilnahme abgelehnt, weil der Chinesisch-Pakistanische Wirtschaftskorridor (China-Pakistan Economic Corridor, CPEC) durch den pakistanischen Teil Kaschmirs verläuft, der von Indien beansprucht wird. Außerdem kritisiert Indien, dass sich andere Staaten durch chinesische Kredite im Rahmen der BRI zunehmend verschulden.

Indiens schwierige Nachbarschaft

Seit 2021 kam es in einer Reihe südasiatischer Staaten zu innenpolitischen Umwälzungen, die dafür sorgen, dass sich Indiens Verhältnis zu den jeweiligen Regierungen weiterhin schwierig gestaltet. Eine Ausnahme ist die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan 2021. Wie zahlreiche andere Länder kritisierte Indien diese Entwicklung. Allerdings haben sich seitdem die afghanisch-pakistanischen Beziehungen deutlich

verschlechtert, weil pakistanische Taliban-Gruppen von Afghanistan aus verstärkt Anschläge in Pakistan verüben. Vor diesem Hintergrund haben sich Neu-Delhi und Kabul auf politischer Ebene angenähert und ihre Handelsbeziehungen wieder aufgenommen.

In Sri Lanka stürzte 2022 die Regierung von Präsident Mahinda Rajapakse aufgrund wirtschaftlicher Probleme, die das Land an den Rand des Staatsbankrotts geführt hatten. Bei den Wahlen 2025 wurde das Bündnis National People's Power (NPP) stärkste politische Kraft. Die wichtigste Partei innerhalb der NPP ist die Janatha Vimukthi Peramuna (JVP), die Indien gegenüber traditionell kritisch eingestellt ist. Sie hatte 1987 einen gewaltsamen, zwei Jahre andauernden Aufstand entfacht, um gegen die Stationierung indischer Friedenstruppen in dem Inselstaat zu protestieren, die den dortigen Bürgerkrieg beilegen sollten. Die NPP ist mittlerweile gemäßigt und setzt die Balancepolitik der Vorgängerregierungen gegenüber Beijing und Neu-Delhi fort. Im Frühjahr unterzeichneten Indien und Sri Lanka auch ein Verteidigungsabkommen. Die NPP plant zudem eine neue Verfassung, in der die Frage der Autonomie für die tamilische Minderheit ein zentrales Thema sein wird. Dies berührt auch die Beziehungen zu Indien, das als Fürsprecher der Tamilen gilt.

In Bangladesch fiel im August 2024 die Regierung von Premierministerin Sheikh Hasina und ihrer Awami-Liga (AL). Damit verlor Indien seinen bis dahin wichtigsten Partner in der Region. Die AL wurde verboten und so von den Parlamentswahlen im Februar 2026 ausgeschlossen. Die Interimsregierung unter Führung von Nobelpreisträger Mohammed Yunus fordert von Neu-Delhi die Auslieferung Sheikh Hasinas, die in Indien Zuflucht gefunden hat. Derweil hat die Übergangsregierung die Beziehungen zu Pakistan und China verbessert. Vor diesem Hintergrund sehen indische Sicherheitsexperten den Siliguri-Korridor potentiell bedroht, die Landenge zwischen Bangladesch und Nepal, die Indien den Zugang zu seinen nordöstlichen Bundesstaaten sichert. Unter einer neuen indienkritischen

Regierung in Dhaka könnte auch die Frage von Ausbildungslagern, die militante Gruppen aus dem Nordosten Indiens in der Vergangenheit in Bangladesch unterhielten, wieder die bilateralen Beziehungen belasten.

In Nepal führte der Aufstand von Angehörigen der »Generation Z« im September 2025 zum Rücktritt der Regierung von Premierminister K. P. Oli. Die großen nepalesischen Parteien sind intern traditionell uneins über ihr Verhältnis zu Indien. Bei den Parlamentswahlen im März 2026 wird diese Frage eine wichtige Rolle spielen. Getrübt werden Nepals Beziehungen zu Neu-Delhi durch Aktivitäten hindu-nationalistischer Gruppen aus dem Umfeld des indischen Nationalen Freiwilligenkorps (Rashtriya Swayamsevak Sangh, RSS). Sie unterstützen Bewegungen und Parteien in Nepal, die dort wieder eine Hindu-Monarchie etablieren wollen. Dabei hat der RSS großen Einfluss auf die in Neu-Delhi regierende Bharatiya Janata Party (BJP).

Die ohnehin schwierigen Beziehungen Indiens zu Pakistan sind am Nullpunkt angekommen, seit im April 2025 ein Terroranschlag den indischen Teil Kaschmirs erschütterte und sich beide Staaten im Mai für 88 Stunden einen bewaffneten Schlagabtausch lieferten. Über seine Angriffe auf die Infrastruktur terroristischer Gruppen in Pakistan hinaus hat Indien unter anderem den Indus-Wasservertrag mit dem Land ausgesetzt. Die Regierung in Islamabad sieht sich ihrerseits nicht mehr an den 1972 geschlossenen Friedensvertrag von Shimla gebunden, in dem beide Seiten vereinbart hatten, Probleme bilateral beizulegen. Indien suchte mit dem Einsatz seiner Streitkräfte ein neues außenpolitisches »Normal« gegenüber Pakistan zu etablieren, wonach Terroranschläge in Zukunft stets militärisch vergolten werden. International wollte Indien mit der Operation signalisieren, dass es wie andere Staaten in der Lage ist, Terrorismus militärisch zu bekämpfen.

Die internationale Ebene: China und die USA

Die militärische Auseinandersetzung mit Pakistan hatte auch Folgen für Indiens Beziehungen zu den USA. Wie bei vorangegangenen Krisen im Verhältnis von Neu-Delhi und Islamabad, etwa 1999, vermittelte Washington hinter den Kulissen zwischen den beiden Nuklearmächten. Neu war allerdings das Verhalten des US-Präsidenten. In einem Tweet beanspruchte Donald Trump für sich, den Konflikt beigelegt und damit einen indisch-pakistanischen Atomkrieg verhindert zu haben. Das war vor allem für die Regierung Modi ein Affront. Denn Indien lehnt in der Kaschmir-Frage eine offizielle Vermittlung durch Dritte ab und besteht auf der Lesart, seine Militärschläge hätten Pakistan zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand bewegt. Bis Februar 2026 hat Trump seine Behauptung jedoch über neunzig Mal öffentlich wiederholt.

Zudem ist die amerikanische Regierung dazu übergegangen, Indien und Pakistan wieder in einem Atemzug zu nennen. Auch dies stellt aus indischer Perspektive einen Bruch dar. Seit den 2000er Jahren hatten alle US-Regierungen die Beziehungen zu Indien und zu Pakistan voneinander entkoppelt und die besondere Rolle Neu-Delhis als künftiges Gegengewicht zu China im Indo-Pazifik hervorgehoben. Trump hingegen änderte nicht nur die Rhetorik, sondern verbesserte auch die Beziehungen zu Pakistan. So empfing er im Juni 2025 den pakistanischen General Asim Munir zu einem Mittagessen im Weißen Haus. Munir war nach den Kämpfen mit Indien zum Feldmarschall befördert worden, womit er seine Position als »starker Mann« in Pakistan gefestigt hatte. Zudem verhängte die Trump-Administration im Jahr 2025 insgesamt 50 Prozent Zölle gegen Indien, unter anderem wegen seiner hohen Ölimporte aus Russland.

Diese Vorgänge signalisierten einen tiefgreifenden Wandel im Verhältnis zwischen Washington und Neu-Delhi. Die USA betrachten Indien nicht mehr als unverzicht-



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A04

baren Alliierten im Indo-Pazifik, sondern nur noch als einen von mehreren wichtigen Partnern in der Region. Im Februar 2026 verkündete Trump ein Handelsabkommen mit Indien und eine Senkung des Zollsatzes auf 18 Prozent. Abzuwarten bleibt, ob sich damit die bilateralen Beziehungen wieder normalisieren und der Vertrauensverlust in Neu-Delhi gegenüber Washington rückgängig gemacht werden kann.

Eine Abwertung erfuhr Indien zuletzt auch durch China. Im Dezember 2025 erklärte Beijings Außenminister Wang Yi, die Volksrepublik habe im jüngsten indisch-pakistanischen Konflikt ebenfalls vermittelt. Dieser diplomatische Affront gegenüber Neu-Delhi erfolgte in einer Phase, als sich die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und China gerade wieder verbessert hatten. Nachdem es 2020 an der gemeinsamen Grenze zu einem militärischen Zwischenfall gekommen war, hatte sich das Verhältnis deutlich abgekühlt. Erst beim Gipfel der Staatengruppe BRICS in Kazan 2024 kam es wieder zu einer Annäherung. Mit seiner Erklärung folgte Außenminister Wang der Linie der USA, indem er Indien indirekt absprach, den Konflikt mit Pakistan allein lösen zu können, und beide Länder auf eine Stufe stellte.

Ausblick

Die innenpolitischen Umbrüche in Südasien und die neue Haltung der USA und Chinas dürften Neu-Delhis regionale Position weiter schwächen. Von den SAARC-Mitgliedern zählen gegenwärtig nur Afghanistan und Bhutan zu den Partnern Indiens. Neue Herausforderungen ergeben sich für Neu-Delhi, wenn Pakistan und Bangladesch ihre Anstrengungen fortsetzen, die SAARC wiederzubeleben, was nicht im indischen Interesse liegt. Eine Alternative wäre die Gründung einer neuen Regionalorganisation, der auch China angehören könnte. Auch dies entspricht nicht Indiens Wünschen, das sich stets gegen Vorschläge ge-

wandt hat, China in die SAARC aufzunehmen.

Dass Indien und Pakistan von den USA und China wieder gleichrangig behandelt werden, ist auf zwei Ebenen relevant. Erstens wirft es im regionalen Kontext die Frage auf, wer bei einer kommenden indisch-pakistanischen Krise hinter den Kulissen vermitteln kann. Nach den jüngsten Erfahrungen dürfte Indien nicht daran gelegen sein, dass die Trump-Administration wieder eine ähnliche Rolle einnimmt. China scheidet aufgrund seiner Nähe zu Pakistan und der Rivalität mit Indien aus. Abzuwarten bleibt, ob die übrigen UN-Vetomächte Frankreich, Großbritannien und Russland diese Funktion erfüllen können oder Mittelmächte wie Iran und Saudi-Arabien. Zu befürchten ist, dass Vermittlungsversuche künftig mehr Zeit als bisher benötigen – während sich die militärische Eskalationsspirale dann aber weiter dreht.

Zweitens verschärft die amerikanisch-chinesische Haltung die Sorge Neu-Delhis vor einem G2-Format, in dem Indien von Washington und Beijing nicht mehr als aufstrebende Großmacht, sondern nur noch als Mittelmacht wahrgenommen wird. Dies würde Indiens Ambitionen zuwiderlaufen, sich als eigener Pol in einer multipolaren Welt zu positionieren.

Indien bleibt als bevölkerungsreichstes Land der Welt in vielen Bereichen wie Umwelt, Klima und Energie ein wichtiger Akteur auf internationaler Bühne. Aber die jüngsten Entwicklungen dürften den Einfluss des Landes in Südasien weiter schwächen. Eine Strategie Indiens wird es sein, seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weiter zu stärken, sei es in minilateralen Formaten im Indo-Pazifik, also durch engere Zusammenarbeit mit Partnern wie Australien und Japan, oder durch eine verstärkte Kooperation mit Mittelmächten wie Deutschland, Frankreich und der Europäischen Union. Nur auf diesem Wege kann Indien seine Kapazitäten verbessern, um mittelfristig auch wieder zu einem wichtigen Akteur in Südasien zu werden.

Dr. habil. Christian Wagner ist Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Asien.